

## **NABUtalk: Die USA auf dem Weg nach Kopenhagen?**

Perspektiven für die internationale Klimapolitik - 15. Juni 2009

Über 80 Teilnehmende folgten der Einladung des NABU und der Heinrich Böll Stiftung, um mit amerikanischen und deutschen Experten zentrale Beiträge dies- und jenseits des Atlantiks zur Bewältigung der globalen Klimakrise zu diskutieren. Im Mittelpunkt des Interesses standen dabei aktuelle Einschätzungen zum Stand der Verhandlungen über ein neues Weltklimaabkommen, über das sich die internationale Staatengemeinschaft bis Ende dieses Jahres in Kopenhagen verständigen will.

In seinem Grußwort hob *Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich Böll Stiftung*, die neue Dynamik in den transatlantischen Beziehungen hervor, die vor allem durch die radikale Kehrtwende der US-Regierung unter ihrem neuen Präsidenten Barack Obama ermöglicht wurde. Mit wegweisenden Initiativen für eine nationale Energie- und Klimagesetzgebung im Kongress würden derzeit die Weichen für eine rasante Entwicklung grüner Technologien und Jobs in den USA neu gestellt. Davon profitieren insbesondere der derzeit weltgrößte Markt für Investitionen in Windenergie und andere Energietechnologien. Aus Sicht von Ralf Fücks verbessert der Erfolg dieser Politik auch die Chancen, dass die USA ein umfassendes Klimaabkommen mittragen und vorantreiben könnten.

*Leif Miller, Bundesgeschäftsführer des NABU*, wies auf die Gefahr hin, die weiter fortbestehenden Restriktionen im politischen System der USA fast völlig auszublenden. Ein ausreichender Beitrag der Amerikaner zur global notwendigen Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen sei bisher noch nicht gesichert. Stattdessen verlangten die US-Verhandler mehr Rücksicht auf ihre schwierige innenpolitische Debatte. Gleichzeitig fordern sie verbindliche Klimaschutzleistungen vor allem von China, aber auch von anderen ökonomisch schnell wachsenden Schwellenländern ein. Letztere bestehen, so Miller vehement auf der historischen Verantwortung der Industrieländer für den nicht mehr aufzuhaltenden Klimawandel und verlangen daher deutlich höhere Reduktionsziele von den Industriestaaten als bisher unter dem Kyoto-Protokoll vereinbart.

Der NABU hatte daher *Prof. Dr. Miranda Schreurs von der Forschungsstelle für vergleichende Umweltpolitik an der Freien Universität Berlin* gebeten, in ihrem Einführungsvortrag einen analytischen Blick auf die bisherige und künftige Klimapolitik der USA zu werfen. Sie konstatierte im Vergleich zur Debatte in der EU einen immensen Nachholbedarf, stellte aber gleichzeitig eine ganze Reihe an klimapolitischen Initiativen in den amerikanischen Städten und Bundesstaaten vor. Mit Obama habe „grüne Politik“ enorm an Bedeutung gewonnen. Er setze sich ein für die energetische Sanierung von Gebäuden, spritsparende Autos, für die Modernisierung der Energienetze und den massiven Ausbau Erneuerbarer Energien sowie für die Regulierung des Treibhausgas-Ausstoßes in den USA. Allerdings geht Miranda Schreurs davon aus, dass in Kopenhagen vermutlich nur eine Rahmenvereinbarung mit eher vagen Zielen und Verpflichtungen erreicht werden könne. Diese erfordere dann im Anschluss weitere Verhandlungen über die Details, auch weil die politischen Prozesse auf nationaler Ebene in Amerika mehr Zeit bräuchten, um sich weiter zu entfalten.

Die nachfolgende Diskussion fand zunächst auf dem Podium und anschließend im Zwiegespräch mit dem Publikum statt und wurde von *Susanne Bergius, Journalistin*

*für nachhaltiges Wirtschaften und Investieren moderiert. Die Gesprächsrunde konzentrierte sich dabei auf die Bewertung der Klimapolitik in den USA, der EU und insbesondere China – verbunden mit der Frage nach möglichen Synergien und Herausforderungen für Kopenhagen.*

*Alexander Ochs, Leiter der Abteilung für Internationale Klimapolitik beim amerikanischen Center for Clean Air Policy in Washington, betonte die zentrale Bedeutung der neuen Energie- und Klimagesetzgebung, der so genannten Waxman-Markey Bill, die zur Zeit im Kongress und im Herbst im Senat debattiert und hoffentlich auch so verabschiedet werde. Seit 1990 seien die Treibhausgas-Emissionen in den USA um etwa 16 Prozent angestiegen. Wenn diese nun im Zeitraum von nur 8 Jahren (2012-2020) um 20 Prozent reduziert werden sollen, sei das eine sehr bemerkenswerte Herausforderung und durchaus mit dem von der EU beschlossenen Klimapakete vergleichbar, auch wenn dabei die absolute Senkung des Ausstoßes gegenüber 1990 nur 4 Prozent betrage. Daneben sei die amerikanische Klimadebatte bisher (zu) sehr auf China fixiert, weil Nachteile für die US-Wirtschaft im internationalen Wettbewerb befürchtet werden. Hier müsse viel stärker anerkannt werden, dass China bereits ohne Verpflichtungen unter dem Kyoto-Protokoll eine sehr ehrgeizige Politik zur Steigerung der Energieeffizienz und dem Ausbau der Erneuerbaren Energien umsetzt. Sein Institut unterstütze darüber hinaus die Entwicklung von sektoralen Ansätzen, um zusätzliche Anreize zur Emissionsminderung in den energieintensiven Industrien zu geben.*

*Als Unterabteilungsleiter für Internationale Zusammenarbeit im Bundesumweltministerium und langjähriger Kenner der Klimaverhandlungen plädierte Dr. Karsten Sach dafür, mit Blick auf eine Einigung in Kopenhagen den Druck auch auf die USA aufrecht zu erhalten, ihre Anstrengungen und Beiträge zum Klimaschutz noch weiter zu erhöhen. Im Zentrum müsse dabei eine tragfähige Architektur für das neue Abkommen stehen, die neben starken und verbindlichen Reduktionsverpflichtungen der Vertragsstaaten mittelfristig für 2020 und ggf. 2030 auch geeignete Finanzierungsmechanismen vorsehen müsse. Neben der Mobilisierung von privatem Kapital komme es daher darauf an, neue Finanzmittel zum Beispiel aus der Versteigerung von nationalen Emissionsberechtigungen zu nutzen, die möglichst unabhängig von der Lage der öffentlichen Haushalte zur Verfügung stehen.*

*Duncan Marsh, Direktor für Internationale Klimapolitik bei einer der weltgrößten Naturschutzorganisationen, der amerikanischen „The Nature Conservancy“ forderte, dass sich Präsident Barack Obama im Vorfeld von Kopenhagen wieder verstärkt persönlich, klar und deutlich zur Klimapolitik positionieren müsse, auch um seinem Team bei den Verhandlungen ausreichend Rückendeckung geben zu können. Sowohl bei der Diskussion um die notwendigen Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel wie bei den Anstrengungen zur Stabilisierung der Treibhausgase in der Atmosphäre spielten Ökosysteme eine zentrale aber in den Verhandlungen noch unterbewertete Rolle. Die Vorbehalte gegen die Anrechnung von Emissionen aus der Entwaldung und nicht-nachhaltiger Landnutzung unter dem Kyoto-Protokoll müssten im Rahmen eines neuen Weltklimaabkommens ausgeräumt werden. Ein wesentlicher und notwendiger Fortschritt sei es, dass einzelne Projekte nun in ein nationales Konzept zum Erhalt von tropischen Wäldern und deren Schutz vor Degradation eingebunden sowie verbindliche Regeln für ein verlässliches Monitoring umgesetzt werden müssten.*

*Carsten Wachholz, Referent für Energiepolitik und Klimaschutz beim NABU-Bundesverband*, unterstützte die stärkere Berücksichtigung nicht nur von natürlichen Kohlenstoffspeichern und -senken, sondern auch von Maßnahmen gegen die Freisetzung von Treibhausgasen in der Forst- und Landwirtschaft, die z.B. aus der großflächigen Entwässerung und Zerstörung von Mooren und Feuchtgebieten resultiert. Vor allem in vielen Entwicklungsländern sei eine nachhaltigere Landnutzung der Hauptansatzpunkt für einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz. Global mache dieser Bereich bereits knapp 30 Prozent der Klimabelastung aus. Es bestehe also zunehmend die Gefahr, dass die notwendigen Reduktionsziele für die Emissionen aus der Energiewirtschaft und Industrie unterlaufen würden. Deshalb brauche man zusätzliche Minderungsverpflichtungen für die Landnutzungssektoren, die allerdings aus Sicht des NABU nicht mit den sonstigen Reduktionsverpflichtungen in den Industriestaaten verrechnet werden dürften.

Der NABU warnte davor, dass die bisher vorliegenden Ankündigungen der EU, der USA, von Japan und anderen Ländern für die Reduktionsziele der Industriestaaten insgesamt nur etwa 8 bis 15 Prozent weniger Treibhausgasausstoß bis 2020 bedeuten würden, obwohl die Klimawissenschaft bis zu 40 Prozent und mehr für erforderlich halte. Diese Kluft müsse bis Kopenhagen unbedingt weiter geschlossen werden, insbesondere auch durch mehr verbindliche Zusagen, wie die Potenziale zur Emissionsminderung in Schwellen- und Entwicklungsländern mit finanzieller und technologischer Unterstützung erschlossen werden können. Daneben brauche es solide Fortschritte bei der Anpassung an den Klimawandel. Ein neues Weltklimaabkommen müsse in regelmäßigen Abständen an die neuen Erkenntnisse angepasst und langfristig für jeweils 5jährige Verpflichtungsperioden fortgeschrieben werden. Die angestrebte Einigung in Kopenhagen müsse so ausgestaltet werden, dass der Weg für ehrgeizigere Ziele und Schritte in der Klimapolitik offen bleibt.